

Für eilige Leser

am Sonntag morgen.

Ein italienischer Angriff gegen die österreichisch-ungarische Zielsetzung wurde abgelehnt; der Angreifer würde neben schweren ökonomischen Verlusten über 100 Gefangene ein.

In Rostow brennen die Arsenale und Staatsgebäude; die Kosaken sind Herren der Stadt und führen ein Schreckensregiment.

Refludow, der russische Botschafter in Madrid, hat Terenski erklärt, daß er sich nicht länger als Botschafter Rußlands betrachte.

Wilsen will nach einer Times-Meldung nicht an den Frieden denken, bevor der „Kaiserismus“ und die „preussische Autokratie“ abgestoßen sind.

General Jundorff erhielt das Großkreuz des roten Adler-Ordens mit Schwertern.

Das schlesische Kultusministerium veröffentlicht den Plan des Rinkes für die Beteiligung der Schulen an der 6. Kriessanleihe mit der Aufforderung zur gleichen Mitwirkung an der 7. Kriessanleihe.

Im Eisenbahnverkehr tritt vom Montag an eine Gütersperre für die Annahme von beschleunigtem Eilgut ein.

Weiteranfrage der amtl. löchl. Landeswetterwarte: Seitliche Weiter, etwas kälter, keine erheblichen Niederschläge.

einander herrschen soll, den ersten verheißungsvollen Ausdruck finden müßte. Es würde sich sodann ohne weiteres die Aufgabe ergeben, aufzunehmende internationale Meinungsverschiedenheiten nicht durch das Ausschütten der Streitkräfte, sondern durch friedliche Mittel, insbesondere auch

auf dem Wege des Schiedsverfahrens entscheiden zu lassen, dessen hohe friedensstiftende Wirkung wir mit seiner Heiligkeit voll anerkennen. Die Kaiserliche Regierung wird dabei jeden Vorschlag unterhalten, der mit den Lebensinteressen des Deutschen Reiches und Volkes vereinbar ist. Deutschland ist durch seine geographische Lage und seine wirtschaftlichen Bedürfnisse auf den friedlichen Verkehr mit den Nachbarn und mit dem fernem Ausland angewiesen. Kein Volk hat daher mehr als das deutsche Ansehen zu wünschen, daß an die Stelle des allgemeinen Hasses und Kampfes ein verständlicher und brüderlicher Geist zwischen den Nationen zur Geltung kommt.

Wenn die Völker, von diesem Geist geleitet, zu ihrem Besse erkannt haben werden, daß es gilt, mehr das Einigende als das Trennende in ihren Beziehungen zu betonen, wird es ihnen gelingen, auch

die einzelnen noch offenen Streitpunkte zu räumen, daß jedem Volk befriedigende Daseinsbedingungen geschaffen werden und damit eine Wiederkehr der großen Völkerverheerung ausgeschlossen erscheint. Nur unter dieser Voraussetzung kann ein dauernder Friede begründet werden, der die geistige Weiterentwicklung und das wirtschaftliche Wiederaufblühen der menschlichen Gesellschaft begünstigt.

Diese ernste und aufrichtige Ueberzeugung ermutigt uns zu der Zuversicht, daß auch unsere Begier in den von seiner Heiligkeit zur Erwürdigung unterbreiteten Gedanken

eine geeignete Unterlage finden möchten, um unter Bedingungen, die dem Geiste der Billigkeit und der Gerechtigkeit entsprechen, der Vorbereitung eines künftigen Friedens näher zu treten.

Genehmigen Eure Eminenz usw. (Name des Reichskanzlers.)

Seiner Eminenz dem Staatssekretär seiner Heiligkeit des Papstes Benedikt XV. Herrn Kardinal Gasparri Rom.

Der Wortlaut der österreichisch-ungarischen Antwort.

Wien, 22. Sept. Die vom Minister des Aeußeren dem päpstlichen Nuntius am 20. d. M. übergebene Antwort Sr. Majestät auf die Note des Hl. Vaters vom 1. August d. J. lautet in deutscher Uebersetzung wie folgt:

Heiliger Vater! Mit schuldiger Ehrerbietung und tiefer Bewegung haben wir von dem neuen Schritte Kenntnis genommen, den Eure Heiligkeit in Erfüllung des Ihnen von Gott anvertrauten heiligen Rechtes bei uns und bei den anderen Oberhäuptern der kriegsführenden Staaten in der edlen Absicht unternommen haben, die schwergeprüften Völker zu einer Einigung zu führen, die ihnen den Frieden wiedergibt. Dankbaren Herzens empfangen wir diese neuerliche Gabe väterlicher Fürsorge, welche Sie, Heiliger Vater, allen Völkern stets unterschiedslos angedeihen lassen, und begrüssen aus der Tiefe unserer Seele den ergreifenden Mahnruf, den Eure Heiligkeit an die Regierungen der kriegsführenden Völker ergoßen lassen. Während dieses grauenamen Krieges haben wir stets zu Eurer Heiligkeit als zu jener höchsten Persönlichkeit aufgeblickt, welche kraft ihrer über das Irdische hinausreichenden Sendung und dank ihrer hohen Auffassung von den ihr auferlegten Pflichten hoch über den kriegsführenden Völkern steht und die jeder Beeinflussung unzugänglich den Weg zu finden vermöchte, welcher zur Verwirklichung unseres eigenen Wunsches nach Verbeiführung eines dauerhaften und für alle Seiten ehrenvollen Friedens führen könnte. Seit Bestehung des Thrones unserer Ahnen der Verantwortlichkeit vollbewußt, welche wir vor Gott und den Menschen für das uns anvertraute Schicksal der österreichisch-ungarischen Monarchie tragen, haben wir nie das hohe Ziel aus dem Auge verloren, unsere Völker bald der

Segnungen des Friedens teilhaftig werden zu lassen. Bald nach unserem Regierungsantritt war es denn auch verdonnt, in Gemeinschaft mit unseren Verbündeten einen schon von unserem erhabenen Vorgänger weil. Kaiser und König Franz Joseph I. erwogen und vorbereiteten Schritt zur Annahme eines ehrenvollen und dauerhaften Friedens zu unternehmen. In unserer, bei Eröffnung des österreichischen Reichsrates gehaltenen

Thronrede haben wir diesem Wunsche Ausdruck verliehen und hierbei betont, daß wir einen Frieden erstreben, welcher das fernere Leben der Völker von Groll und Rachsucht befreit, und der sie auf Generationen hinaus vor der Anwendung der Waffengewalt sichert. Unsere gemeinsame Regierung hatte es inwischen nicht unterlassen, in wiederholten und eindringlichen, in der ganzen Welt hörbaren

Rundgebungen unseren und den Willen der Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie zum Ausdruck zu bringen, dem Blutvergießen durch einen Frieden, wie er Eurer Heiligkeit selbst voranschwebt, ein Ende zu bereiten. Von dem Gedanken beglückt, daß unsere Wünsche von Anfang an auf das gleiche Ziel gerichtet waren, das Eurer Heiligkeit heute als das anzukündigende bezeichnen, haben wir die uns längst ausgetretenen kongreten und praktischen Anregungen Eurer Heiligkeit einer eingehenden Erwägung unterzogen, die zu dem folgenden Ergebnis geführt hat:

Mit der Kraft stehurweiser Ueberzeugung bekräftigen wir den leitenden Gedanken Eurer Heiligkeit, daß die kommende Weltordnung

unter Ausschaltung der Waffen auf der moralischen Weltmacht des Rechtes, auf der Herrschaft der internationalen Gerechtigkeit und Selbstbestimmtheit ruhen müßte. Auch sind wir von der Hoffnung durchdrungen, daß eine Ordnung des

Nachbarnwunsches die Menschheit friedlich regenerieren würde. Wir treten daher der Auffassung Eurer Heiligkeit bei, daß Verhandlungen der Art zu führen sind, wie unter Schaffung entsprechender Sicherheiten die

Rückungen zu Lande, zu Wasser und in den Lüften

gleichzeitig wechselseitig und luftschiff auf ein bestimmtes Maß herabzusetzen seien, und wie die von Rechts wegen allen Völkern der Erde gebührende hohe See von der Herrschaft oder Vorkerrschaft einzelner Völker und der gleichmäßigen Benutzung aller zu eröffnen wäre. Der friedensstiftenden Bedeutung des von Eurer Heiligkeit vorgeschlagenen Mittels, internationale Streitfragen der obligatorischen

Schiedsgerichtsbarkeit

zu unterwerfen, voll bewußt, sind wir bereit, auch über diesen Vorschlag Eurer Heiligkeit in Verhandlungen zu treten. Wenn es, wie wir von ganzem Herzen wünschen, gelingen sollte, zu Vereinbarungen der Art zu gelangen, welche diesen hohen Gedanken verwirklichen und damit der österreichisch-ungarischen Monarchie die Sicherheit für ihre ungewohnte Weiterentwicklung geben, dann kann es auch nicht schwer fallen, sonstige, zwischen den kriegsführenden Staaten

nach zu regelnde Fragen

im Geiste der Gerechtigkeit und Billigkeit in Aussichtnahme auf die wechselseitigen Daseinsbedingungen einer befriedigenden Lösung auszuführen. Wenn die Völker der Erde im Sinne dieser Vorschläge Eurer Heiligkeit friedfertig miteinander in Verhandlungen treten, dann könnte hieraus der dauernde Friede erblühen. Sie könnten vollkommene

Bewegungsfreiheit auf hoher See

erlangen. Schwere materielle Lasten könnten von ihnen genommen und neue Quellen des Wohlstandes für sie eröffnet werden. Vom Gebote der Billigkeit und Gerechtigkeit geleitet, erklären wir in den von Eurer Heiligkeit gemachten Vorschlägen geeignete Grundfragen für die Einsetzung von Verhandlungen zur Vorbereitung eines für alle gerechten und dauerhaften Friedens, und erhoffen lebhaft, daß auch unsere heutigen Feinde von dem gleichen Gedanken besetzt sein mögen. In diesem Sinne bitten wir den Allmächtigen, er möge das von Eurer Heiligkeit eingeschickte Friedenswort segnen. Wir haben die Ehre zu zeichnen als Eurer Heiligkeit sehr gebormer Sohn

Karl m. p.

Feindliche Großprojekte.

l. Neuter gibt, wie über Rotterdam gemeldet wird, bekannt: Folgendes ist der Standpunkt anzunehmen, den heute unterchiedliche Kreise einnehmen hinsichtlich der angelegten Zugeständnisse betreffend Belgien, worüber in der feindlichen Presse berichtet wird: Die Mitteilungen darüber blieben nicht unbemerkt. Die Alliierten schätzen sie nach ihrem richtigen Werte und erkennen sie an als einen Beweis dafür, daß Deutschland einsteht, es werde den Krieg nicht gewinnen können. (1) Man versteht sehr gut, daß Deutschland angeht die jüngsten Ereignisse an der Nordfront bei dem eigenen Volke den Eindruck zu erwecken versucht, die militärische Lage sei in diesem Augenblicke derart anhaltig, daß ein Plan ausführbar wäre, der die Alliierten befristet und auch in passivsten Kreisen der Alliierten Widerhall finden könnte. Die Alliierten lassen sich aber durch jene Friedensbewegung nicht irreführen. Die Alliierten und Belgier über die Art des Friedens, den sie annehmen würden, haben nicht die geringste Änderung erfahren und werden sich auch nicht ändern. Das Ziel sei noch immer die endgültige Beseitigung des preussischen Militarismus. Nur diejenigen, die wie Preußen denken, können ohne Rücksicht die schrecklichen Verluste an Menschenleben und Gütern betrachten, welche in diesem von Deutschland herbeigeführten Kriege (1) verursacht werden, und deshalb würden die Alliierten gewiß den Frieden begrüßen.

Von der endgültigen Beseitigung des preussischen Militarismus ist die Entente heute so weit entfernt, wie nur je — und wenn sie und trotzdem die Friedensbedingungen vorschreiben will, so ist das Größenwahnsinn. Zu behaupten, daß Deutschland den Krieg herbeigeführt habe, in einem Augenblicke, wo die Beweise vom Gegenteil nur so hageln, ist der Gipfel schamloser Verlogenheit.

Der „unentwegte“ Wilson.

Die Times meldet aus Washington: Die Antwort des Kaisers an den Papst wird wahrscheinlich so lauten, daß sie dem Papst eine Grundlage bietet zur Friedensermittlung zwischen Deutschland und Amerika, obwohl Kardinal Gibbons, der bekannte Helfer Wilsons, niemals sich ein Vorgehen des Papstes gutsehen würde. Was Deutschland auch tut, sei nicht, daß Wilson nicht von dem Wege abweichen wird, den er in allen seinen Reden und Vorträgen hat, nämlich nicht an den Frieden zu denken, bevor der „Kaiserismus“ und die „preussische Autokratie“ abgestoßen sind, entweder durch das deutsche Volk selbst oder durch die bewaffnete Macht der Alliierten.

Wilson wird noch entstehen lernen, daß der „Kaiserismus“ unerschütterlich ist, weil er seit in der Seele des deutschen Volkes wurzelt. Im übrigen nochmals und immer wieder: Hände weg von unseren staatlichen Einrichtungen! (Neuter.) In einer Konferenz der Kommission des Senats und des Repräsentantenhauses wurde die Bill über den Handel mit dem Feinde abgeändert. Wilson erhält das Recht, die Post, die Kabeltelegramme, drahtlose Telegraphie und die anderen Verbindungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Ausland einer Zensur zu unterwerfen, um zu verhindern, daß Informationen von militärischem Werte Deutschland über Amerika oder über andere neutrale Länder erreichen. (W. T. B.)

Die demokratische Konferenz in Rußland.

Dem „Nieuwe Rotterdam Courant“ zufolge wird der „Daily News“ aus Petersburg vom Dienstag berichtet: Die demokratische Versammlung wird wahrscheinlich der unklaren Stellung des ausführenden Komitees ein Ende machen. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg habe den Extremisten viel näher als dem ausführenden Komitee, das die Arbeiter- und Soldatenräte von ganz Rußland repräsentiert. Die demokratische Versammlung wolle trachten, zu verhindern, daß Petersburg auf die Lösung der jetzigen Krise einen ungebührlich starken Einfluß ausübe. Der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat habe dadurch, daß er sich gegen eine Koalitionsregierung, an der auch die Kadetten teilgenommen hätten, ausgesprochen, einer vorzeitigen Abbruchung des einflussreichen äußersten linken Flügel vorbeugen wollen. Eine Spaltung der Arbeiter- und Soldatenräte würde von den ersten Folgen begleitet sein, und die Furcht davor macht ihren Einfluß auf die Haltung des Rates geltend. — „Daily Telegraph“ berichtet aus Petersburg vom Dienstag: Die Bildung eines vollständigen Kabinetts ist formell bis nach der vom Arbeiter- und Soldatenrat für Montag einberufenen Konferenz verboten. Aber die Aussichten, daß diese Konferenz einen entscheidenden Einfluß haben wird, nehmen fortwährend zu. Der Arbeiter- und Soldatenrat hebt zum großen Mißvergnügen der gemäßigten Sozialisten noch immer unter dem Einfluß der Volkswill. Trotz wurde gegen Bürgerrecht entworfen. Die Regierung hat alle revolutionären Komitees, die vorige Woche auf Befehl des Arbeiter- und Soldatenrats aufgelöst wurden, aufzuheben, um den Versuch einer Gegenrevolution zu vereiteln, angewiesen, den Postdienst wieder den Organen der Regierung zu überlassen. (W. T. B.)

(Meldung der Petersburger Telegr.-Agentur.) Die demokratische Konferenz, welche die Arbeiter- und Soldatenräte für den 25. September zur Bildung einer

festgegründeten starken Regierungsgewalt einberufen haben, ruft in den verschiedenen Bevölkerungsklassen und in der Presse einen lebhaften Widerspruch hervor, in dem sich

Freiwilligkeit und Widerspruch ausdrücken, die augenblicklich ein Ausfluß der Befürchtungen sind, daß auf der Konferenz die maximalistische Elemente obliegen und die Konferenz ein ausschließlich aus Sozialisten bestehendes Kabinett zur Folge haben könnte. Es ist fast

unmöglich und anstimmerswidrige Setzungen haben sich dahin verständigt, durch Kritik und Aufrufe tatkräftig für die Notwendigkeit unabdingbarer Durchführung des Grundgesetzes der Koalition bei der Bildung der neuen Regierung zu werden. Die Mitarbeiter dieser Zeitungen verhalten sich zu demselben Zweck zahlreiche Versammlungen und politische Zusammenkünfte mit Tausenden von Teilnehmern. Andererseits muß man auch ein Auseinandergehen der Ansichten verzeichnen, das durch die Spaltungen der sozialistischen Parteien selbst hervorgerufen wurde und sich

ausdrücklich in zwei verschiedenen Strömungen äußert, an deren Wortführer sich Anisienow und Tichernow in der Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates bekannt haben. Anisienow behauptet darauf, daß es unbedingt notwendig sei, die Regierung auf der Grundlage einer breiten Koalition zu bilden; Tichernow war entgegengelegter Ansicht und hielt seine Forderung, die ganze Macht gehöre den Arbeiter- und Soldatenräten, aufrecht, geltend aber fallend, daß alle Gruppen und Klassen der Bevölkerung selbst die bürgerliche, die das ausgearbeitete Programm

ernstlich befolgen wollten, für die Teilnahme an der Regierung erwünscht seien. Diese letztere Erklärung des ehemaligen Kabinetsministers wird lebhaft besprochen. (W. T. B.)

b. Nachrichten aus Petersburg zufolge ist die Roma-Brücke gesprengt und damit aller Verkehr zwischen Petersburg und Kiew abgebrochen.

Abgabe eines russischen Botschafters an Kerenski.

b. Der „Daily Mail“ zufolge telegraphierte der russische Botschafter in Spanien Refludow an Kerenski: Er betraute sich nicht länger als Botschafter Rußlands, da er über die verbrecherischen Vorgänge in Petersburg auf das tiefste beschämt sei. Bevor nicht der Arbeiter- und Soldatenrat aufgelöst und die Duma in die ihr zugehörigen Machtvollkommenheiten eingesetzt sei, könne kein Mann von Ehre ein russisches öffentliches Amt übernehmen. Refludow will von der gegenwärtigen Regierung auch keine Pension entgegennehmen.

Die Donkosaken.

(Meldung der Petersburger Telegr.-Agentur.) Am Mittwoch haben Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates durch direkten Fernsprechkontakt von Petersburg nach Moskau Verhandlungen mit dem stellvertretenden

Heimatsminister Bogajewski begonnen. Dem stellvertretenden Heimatsminister wurden folgende Forderungen gestellt: 1. Die sozialistische Selbstverwaltung erklärt, daß die Kosaken der einseitigen Regierung treu bleiben; 2. alle Bewegungen von Kosakentruppen ohne entsprechenden Befehl der Regierung sind sofort einzustellen; 3. über die Angelegenheit des Heimatsminister General Kaledin soll sofort eine Untersuchung eröffnet werden. Er soll ausbleiben dürfen, mit seinen Gefinnungsgenossen vor Gericht zu erscheinen. Daraufhin hat Bogajewski erklärt: zum ersten Punkt sei eine Befestigung unnötig; zum zweiten, die Kosaken hätten keine derartigen Bewegungen gemacht; zum dritten, die Kosaken nähmen den Vorschlag, Kaledin vor Gericht zu stellen, an, aber unter der Bedingung, daß ihre Vertreter an dem Gericht teilnehmen. Die Befestigungen endeten mit einer Uebereinkunft, nach der Vertreter vom Don nach Petersburg und umgekehrt entsandt werden sollen. (W. T. B.)

b. Die „Daily Mail“ meldet aus Petersburg: In Rostow brennen die Arsenale und Staatsgebäude. Die Kosaken sind Herren der Stadt und führen ein Schreckensregiment.

Kornilow und Kaledin.

(Drahtmeldung unteres Kölner Mitarbeiter.)

Am 20. Sept. Nach einer Petersburger Meldung des Pariser „New York Herald“ erklärte Kornilow, Kornilow habe aus rein patriotischen Beweggründen abgetreten, so daß die Regierung den gegen Kornilow unternommen richterlichen Maßnahmen keine Folge geben werde. (Amst. Bg.)

Romowitschka, 21. Sept. (Meldung der Petersb. Tel.-Agentur.) In der allgemeinen Versammlung von Abgeordneten der militärischen Selbstregierung der Kosaken hielt der Heimatsminister Kaledin eine lange Rede, in der er seine Haltung gegenüber der vorläufigen Regierung auseinandersetzte und erklärte, er habe niemals nach der Wiederherstellung des alten Regierungssystems, noch nach einer politischen Trennung des Don-Gebietes von Rußland gestrebt. Er wiederholte seine kühne Behauptung, daß er über die Bewegungen Kornilows vollständig in Unkenntnis gewesen sei. Der Heimatsminister schloß mit folgenden Worten: Ich will mich nicht hinter dem Rücken der Kosakentruppen verstecken. Ich bin bereit, vor Gericht zu erscheinen, um vor der vorläufigen Regierung alle meine Handlungen zu erklären. (W. T. B.)

Für die Kriessanleihe.

b. In einer Rede, die der Präsident der Reichsbank Havenstein in Frankfurt a. M. hielt, führte er aus: Unsere Kriessanleihen sind Vaterlandsdienst geworden, und bis in die kleinsten Spalten der Erde das Gefühl: Kriessanleihe zeichnen ist die allgemeine Verpflichtung der Dabeiliegenden. Wir brauchen den starken Erfolg der Anleihe, weil wir das große Gemeinsame zwischen Meer und Heimat brauchen. Es ist die Kriessanleihe, die wir ausbringen wollen, und wir's Gott, die letzte der Kriessanleihen, dem Krieg noch dienend, doch schon dem Frieden die Wege ebend, denn wir stehen im Endkampf. Militärisch stehen wir so günstig, wie nie zuvor. Dafür bürgt uns das Wort Hindenburgs. Ungebrochen und unerschütterlich steht auch die deutsche Wehrkraft. Die Sporkraft des deutschen Volkes ist unermindert. Auf die Frage: Wird man die Betriebsgeber für die Zeit nach dem Kriege, die man zur Wiederaufrichtung der Friedensarbeit braucht, wieder fähig machen können, erklärte Havenstein: Es sind Maßnahmen ins Auge gefaßt, die nach menschlichem Ermessen ausreichend sein werden, um auch sehr große, auch nach Milliarden zählende Verkaufsanträge anzunehmen. Dieses Ziel wird, wie ich hoffe, die Reichsbank zusammen mit der gesamten Bankwelt erreichen. Auch hier sollen die Darlehensstellen, die ja überhaupt erst nach dem Kriege ihre volle Bedeutung erhalten, zur Lösung der Aufgaben mit herangezogen werden.

Zeichnungen auf die fidejussoriale Kriessanleihe.

Es werden weiter folgende Zeichnungen bekannt: 12 Millionen Mark: Landwirtschaftliche Provinzial-Gemeinschaftskasse für Brandenburg.

10 Millionen Mark: Landesversicherungsanstalt der Provinz Westfalen; — Spar- und Darlehenskasse des Landkreises Rönneburg.

8 Millionen Mark: Pöschner Pöschner; — Böhme'sche Textil- und Sodafabrik.

6 Millionen Mark: Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt, Frankfurt a. M.; — Dieck, Kupfer- und Messingwerke.

5 Millionen Mark: Frankfurter Sparkasse in Frankfurt a. M.

4 Millionen Mark: Kommerzienrat Max Voss, in Firma Wilhelm Greve in Berlin.

3 Millionen Mark: Kreispartei in Angermünde.

2 Millionen Mark: Firma Alfred Zwick, Frankfurt a. M.; — Oberkasseler Kalkwerke und Chemische Fabriken K.-G.; — Gannoverische Gummiwerke Excelsior K.-G.

1 1/2 Millionen Mark: Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft; — Gewerkschaft Sachleben.

1 Million Mark: Max Daniel, Inhaber der Firma Adde & Daniel, Berlin-Wilmersdorf; — Gesellschaft für Fernerzeugung m. B. G. in Duisburg-Reiderth.

Wt. 261
Cottentend, 22. September 1917
Seite 2
Petersburger Nachrichten